Pressemitteilung

Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft: Allensbach-Studie zu Nachhaltigkeit und sozialer Marktwirtschaft

- Rückhalt für die soziale Marktwirtschaft ist so groß wie nie zuvor in 25 Jahren
- Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen wirtschaftliches Wachstum als Erfolgsrezept

1/2021
25. August 2021

Der Rückhalt für die soziale Marktwirtschaft ist derzeit so groß wie nie zuvor in 25 Jahren: 56 Prozent der Bürgerinnen und Bürger haben eine gute Meinung vom deutschen Wirtschaftssystem. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft. Der Gemeinschaftsausschuss und das Institut stellten die Untersuchung „Nachhaltigkeit in der sozialen Marktwirtschaft“ am Mittwoch in Berlin vor. Ziel war herauszufinden, ob die Bevölkerung der sozialen Marktwirtschaft eine Problemlöser-Funktion für aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wie den Klima- und Umweltschutz zutraut.

Der Vorsitzende des Gemeinschaftsausschusses, BDI-Präsident Siegfried Russwurm, sagte: „Die soziale Marktwirtschaft hat sich insbesondere in der Corona-Krise bewährt. Das Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung ist weiter gestiegen. Eine deutliche Mehrheit hat eine gute Meinung vom deutschen Wirtschaftssystem. 69 Prozent der Befragten sprechen sich explizit für wirtschaftliches Wachstum als Erfolgsrezept aus. Der Freiraum für Unternehmen, kreativ und innovativ zu sein, neue Produkte und Prozesse auszuprobieren, Märkte auf- und auszubauen, ist an unserem Standort zentral für die Bewältigung der Zukunft.“

Ansprechpartner 2020/21
Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: +493020281450
F: +493020282450

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
Bdi-presseteam@bdi.eu

Steffen de Sombre, Projektleiter am Institut für Demoskopie Allensbach, unterstrich: „Auch Personen aus weniger einkommensstarken Sozialschichten stehen der sozialen Marktwirtschaft derzeit deutlich eher befürwortend als ablehnend gegenüber. Hier spiegelt sich sicher auch die lange Phase wirtschaftlichen Wachstums vor der Corona-Krise wider, von der sehr weite Kreise der Bevölkerung profitiert haben."

Faire Löhne und sichere Arbeitsplätze besonders wichtig

An ein Wirtschaftssystem stellt die Bevölkerung vor allem die klare Forderung, faire Löhne (80 Prozent) und möglichst sichere Arbeitsplätze (69 Prozent) sicherzustellen. Dies erwarten die meisten Menschen mehr noch als Klimaschutz und Nachhaltigkeit (je 60 Prozent). Die Bekämpfung des Klimawandels dürfe nicht zulasten von Arbeitsplätzen gehen (54 Prozent). Nach Einschätzung der Bevölkerung führt gerade die soziale Marktwirtschaft zu mehr Gerechtigkeit.

Wirtschaft als Problemlöser

Die Befragten sehen in der Wirtschaft den wichtigsten Akteur, wenn es um Fortschritte im Klimaschutz geht: 89 Prozent sind überzeugt, dass die Wirtschaft zum Klimaschutz viel oder sehr viel beitragen kann. Auf dem Weg dorthin sprechen Gesellschaft und Wirtschaft dieselbe Sprache: Statt Verbote und Regulierungen erachten 60 Prozent der Befragten Anreize im Namen der Nachhaltigkeit als sinnvoller.

Hohe Bereitschaft für Klimaschutz in Gebäuden

Eigentümerinnen und Eigentümer wie Mieterinnen und Mieter zeigen sich bereit, ihren Beitrag zu klimafreundlicher Gebäudemodernisierung zu leisten. Das gilt auch für die Akzeptanz steigender Kaltmieten durch Modernisierungsmaßnahmen, wenn damit gleichzeitig die Heizkosten sinken. Zwei von drei Befragten (66 Prozent) sehen in staatlichen Fördermaßnahmen für den umweltfreundlichen Umbau eine wichtige Maßnahme für den Klimaschutz.

Klimaschutz-Forderungen und Konsumverhalten ambivalent

Laut Studie ist zwar etwa ein Drittel bereit, deutlich höhere Preise für Fleisch zu akzeptieren (34 Prozent). Aber die Bereitschaft sinkt rapide, wenn es um Einschränkungen oder höhere Preise für Strom oder Heizmittel geht (je sechs Prozent). Gar keine höheren finanziellen Belastungen durch den Klimaschutz darf es für rund die Hälfte der Befragten geben (55 Prozent).

Für die repräsentative Studie hat das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Gemeinschaftsausschusses vom 3. Juli bis zum 14. Juli bundesweit 1028 Personen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland befragt.

Link zur gesamten Allensbach-Studie und ausgewählten Folien

Dem Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft gehören folgende Mitglieder an:
Bundesverband deutscher Banken; Bundesverband der Deutschen Industrie; Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken; Bundesverband Deutscher Digitalpublisher und Zeitungsverleger; Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft; Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Centralvereinigung Deutscher Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung und Vertrieb; Der Mittelstandsverbund – ZGV; Deutscher Hotel- und Gaststättenverband; Deutscher Industrie- und Handelskammertag; Deutscher Sparkassen- und Giroverband; Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft; Handelsverband Deutschland – HDE; Verband Deutscher Reeder; Zentralverband des Deutschen Handwerks
Gäste: Bundesverband der Freien Berufe; Deutscher Bauernverband